

**Medienkonferenz**  
**Studie Umverteilung**  
Montag, 20. August 2007

Es gilt das gesprochene Wort

## Eine erfolgreiche Steuerpolitik muss auf Fakten fussen

Gerold Bührer, Präsident economiessuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Lassen Sie mich drei Schlussfolgerungen aus unserer Studie vorwegnehmen:

1. Unser Steuersystem ist ausgeprägt solidarisch. Unser Staat wird nämlich zu gegen 60 Prozent von Unternehmen und gut verdienenden bzw. vermögenden Privatpersonen finanziert.
2. Von einer Entsolidarisierung – wie immer wieder leichtfertig behauptet wird – kann aufgrund der vorliegenden konsolidierten Zahlen nicht die Rede sein.
3. Es zeigt sich, dass ein konkurrenzfähiges, attraktives Steuersystem allen, der Wirtschaft und der Bevölkerung, zugute kommt.

Persönlich werde ich durch diese Studie in meiner Überzeugung bestätigt, dass es keine Alternative zu einer an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit orientierten Steuerpolitik gibt. Der Schaden für unser Land und insbesondere die Arbeitsplätze wäre enorm. Deshalb sind die Erkenntnisse – gerade mit Blick auf die hohe Mobilität und den harten Standortwettbewerb – in der Steuerpolitik ernst zu nehmen.

Seit jeher wird in Politik und Gesellschaft die Frage über das richtige Mass der Umverteilung kontrovers diskutiert, oft mehr ideologisch als auf der Basis von Fakten. economiessuisse hat sich daher der Frage angenommen und die Finanzflüsse zwischen Staat und den privaten Haushalten bzw. Steuerzahlern auf konsolidierter Basis vertieft analysiert. Wir präsentieren Ihnen heute unsere Studie, in der die Umverteilungsproblematik ganzheitlich betrachtet wird. Sie soll mehr Klarheit bringen über das Mass der Solidarität zwischen den unterschiedlichen Einkommens- und Vermögensschichten, Wirtschaftssektoren, Regionen und Generationen. Denn nur allzu oft führt Intransparenz in politischen Debatten zu reinen Glaubenskriegen mit polarisierenden Positionen. Somit soll die Studie einen Grundstein legen, um die politische Diskussion in Kenntnis der massgeblichen Zusammenhänge zu führen.

Im politischen Diskurs werden finanzpolitische Mythen allzu oft zementiert. Von „Steuergeschenken“, „Totsparen“ oder „ruinösem Steuerwettbewerb“ ist etwa die Rede. Solche Behauptungen zielen darauf ab, den finanz- und steuerpolitischen Auseinandersetzungen einen rein ideologischen Charakter zu verleihen. Die öffentlichen Finanzen von Bund, Kantonen, Gemeinden und Sozialversicherungen wurden in den letzten fünfzehn Jahren von einer stark überbordenden Ausgabenentwicklung geprägt. Zwischen 1990 und 2005 sind die gesamten staatsquotenrelevanten Ausgaben von rund 100 Mrd. auf mehr als 170 Mrd. Franken angestiegen. Bei gleichzeitig schwächerem Wirtschaftswachstum erfolgte deshalb ein markanter Anstieg der Staatsquote. Die Begriffe „Totsparen“ und „Staatsabbau“ entbehren damit jeder fundierten Grundlage. Die überbordende Ausgabenentwicklung hat zu einer langen Defizitperiode und einem rasanten Anstieg der öffentlichen Verschuldung geführt. Die Ursache dieser Verschuldung ist in erster Linie die unkontrollierte Ausgabendynamik. Die fiskalquotenrelevanten Einnahmen haben von 1990 bis 2005 um über 60 Prozent auf 137 Mrd. Franken zugenommen. Dagegen ist das Bruttoinlandprodukt lediglich um knapp 40 Prozent gewachsen. Die These eines „ruinösen Steuerwettbewerbs“ kann somit nicht untermauert werden.

Das Ausblenden dieser Fakten dient weder der Wirtschaft noch der Bevölkerung. Bei den Bürgerinnen und Bürgern wächst vielmehr die Skepsis gegenüber der Höhe der Steuerbelastung und der Austauschrelation zwischen geleisteten Steuern und bezogenen Staatsleistungen. Dies zeigt jedenfalls eine Umfrage des GfS-Forschungsinstituts: Rund die Hälfte der Bevölkerung glaubt, dass sie vom Staat weniger erhält als sie über Steuern und Abgaben abliefern. Die langfristige Entwicklung der Meinungsbildung zeigt sogar eine Verfestigung dieser Skepsis. Die von der Verfassung her geforderte Umsetzung „der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit“ wird in diesem Umfeld zur Herausforderung. Punktuelle juristische Analysen können dieser finanzwirtschaftlich komplexen Fragestellung nicht gerecht werden.

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie „Wer finanziert den Staat in der Schweiz?“ sollten zur Entmythologisierung der Steuerpolitik beitragen. Die These der „Umverteilung von unten nach oben“ bzw. der „Entsolidarisierung“ ist schlicht nicht haltbar. Ein Steuersystem, das für finanzkräftige und international mobile Segmente attraktiv ist, steht nicht im Widerspruch zum Solidaritätsgedanken. Ganz im Gegenteil: Steuerreformen, die der Schweiz bzw. den Kantonen erlauben, im internationalen Steuerwettbewerb an der Spitze zu bleiben – auch für höhere Einkommen und gewinnstarke Unternehmen –, nützen der gesamten Gesellschaft. Einerseits sichern sie den Grossteil der Mittel zur Finanzierung des Sozialstaates. Andererseits fallen die umfangreichen Finanzierungslasten viel weniger stark dem Mittelstand und den unteren Einkommen zu.

Die heute präsentierte Studie soll zur Transparenz und somit zur Versachlichung der schweizerischen Steuerpolitik beitragen. Nur so wird unser Land auch zukünftig im Wettbewerb der Standorte auf der Gewinnerseite stehen.